

Informationen „elektronische Angebotsabgabe“

Ab 01.01.2020 akzeptiert die Stadt Dortmund als öffentlicher Auftraggeber sowohl bei europaweiten Verfahren als auch bei Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich, also bei nationalen Vergabeverfahren (Verhandlungsvergaben, Beschränkten und Öffentlichen Ausschreibungen), nur noch die „elektronische Vergabe“.

Dies umfasst die Benutzung elektronischer Kommunikationsmittel, insbesondere die elektronische Angebotsabgabe.

Daher sind im vorliegenden Verfahren ausschließlich elektronische Angebote über die Vergabeplattform Metropole Ruhr zugelassen. Eine Angebotsabgabe in schriftlicher Form ist nicht mehr möglich. Einzelheiten entnehmen Sie bitte den unten folgenden Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten.

Wir bitten, möglichst nur eine Datei hochzuladen und auf das Beifügen von Werbung zu verzichten. Sofern mehrere Dateien erforderlich sind, bitten wir, diese vorangestellt zu nummerieren. Bitte berücksichtigen Sie die erforderlichen Upload Zeiten.

Zusätzlich möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass die gesamte Kommunikation ausschließlich elektronisch erfolgt.

Dies bedeutet, dass alle Anforderungen/Nachforderungen seitens der Vergabestelle nur über den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr über den Bereich „Kommunikation“ erfolgt. So wird gewährleistet, dass das gesamte Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt wird.

Daher bitten wir Sie, sensibilisiert auf eingehende Emails des Vergabemarkt-platzes zu achten und entsprechende Nachrichten abzurufen.

Wir weisen darauf hin, dass Ihr Angebot vom weiteren Verfahren ausgeschlossen wird, wenn dies nicht, wie oben beschrieben, elektronisch eingeht!

Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote

1. Elektronische Angebotsabgabe

Elektronische Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote (im Weiteren als elektronische Angebote benannt) sind, soweit zugelassen, ausschließlich über den Vergabemarktplatz des Landes NRW www.evergabe.nrw.de einzureichen. Hierzu ist eine kostenlose Registrierung erforderlich.

Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Angebote sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf den Vergabemarktplatz des Landes NRW hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Sämtliche Informationen zum Verfahren sind auf dem Vergabemarktplatz hinterlegt (Bekanntmachungsinformationen, Vergabeunterlagen und die Kommunikation).

Elektronische Angebote können -vorbehaltlich abweichender Angaben im konkreten Verfahren- grundsätzlich auf drei Arten eingereicht werden:

1) Einreichung in Textform nach § 126b BGB

Hier sind der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, in dem vom Vergabemarktplatz NRW zur Verfügung gestellten Bietertool vor Hochladen der Dokumente zu benennen.

2) Einreichung mit fortgeschrittener elektronischer Signatur

Hier erfolgt die Signatur über ein Softwarezertifikat.

3) Einreichung mit qualifizierter elektronischer Signatur

Hier wird das Angebot mit Signaturgerät und Karte signiert. Die qualifizierte elektronische Signatur sowie entsprechende Signaturgeräte können bei den entsprechenden Zertifizierungsdiensten beantragt werden.

Weitere Informationen zu den Signaturen stehen Ihnen unter www.vergabe.nrw.de im Bereich Wirtschaft/Einkauf NRW/Vergabemarktplatz zur Verfügung.

In allen drei Fällen erfolgen das Hochladen, die Verschlüsselung Angebotes und die Weiterleitung mit dem vom Vergabemarktplatz NRW zur Verfügung gestellten Bietertool. Das Hochladen ist nur bis zum Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung bzw. dem Anschreiben genannten Angebotsfrist möglich.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB bzw. mit der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Evtl. in den vorgegebenen Formularen enthaltene Eintragungsmöglichkeiten für Unterschrift und Firmenstempel müssen in diesem Fall nicht befüllt werden.

Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB oder signiert eingereicht und hochgeladen werden. Auf die Bewerbungsbedingungen wird hingewiesen.

Etwaige Erklärungen Dritter (bspw. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer) sind signiert dem Angebot beizufügen. Hierzu können folgende Möglichkeiten genutzt werden:

- Datei der unterschriebenen und eingescannten Dritterklärung,
- Datei der unterschriebenen und abfotografierten Dritterklärung,
- Datei der E-Mail, mit dem der Dritte seine Erklärung an den Bewerber/Bieter übersandt hat.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen oder Rücknahmen des Angebots, sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

2. Zulässige Dateiformate für die Übermittlung von Angeboten

Die Datenübermittlung ist derzeit nur mit den folgenden Formaten zulässig:

- Portable Document Format (.pdf)
- Textformate in ASCII oder Unicode Format (.txt)
- Textformat Rich-Text-Format (.rtf)
- Microsoft Word ab 97 (.doc, .docx)
- Microsoft Excel ab 97 (.xls, .xlsx)
- Joint Photographic Expert Group (.jpg)
- Tag Image File Format (.tif)
- Bitmap Pictures (.bmp)
- Portable Network Graphics (.png)

Weitere Formate sind nur nach vorheriger schriftlicher Absprache mit der Vergabestelle zulässig. In allen zulässigen Formaten dürfen keine automatisierten Abläufe oder Programmierungen (sog. Makros) verwendet werden.

3. Zulässige Dateiformate zum Zweck des Datenaustauschs

Die Datenübermittlung ist derzeit auf die folgenden Formate beschränkt:

- GAEB, Arbeitsmittel zum Datenaustausch nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen – GAEB, Schnittstelle DA XML, sofern dies entsprechend des Formblatts Datenaustausch zugelassen ist

Die Datenaustauschdateien gelten als reine Arbeitsmittel. **Eine alleinige Abgabe einer GAEB-Datei ist in Hinblick auf die für das Angebot erforderlichen Preisangaben des Bieters nicht ausreichend.** Auf die Regelungen in den Vergabeunterlagen wird verwiesen.

4. Allgemeiner Hinweis zu den Vergabeunterlagen

Die in diesen Vergabeunterlagen enthaltenen Informationen sind soweit schutzrechtsfähig und soweit sie nicht Informationen Dritter enthalten Eigentum der Vergabestelle. Verwertung, Kopie sowie Weitergabe der Vergabeunterlagen sind nur im Rahmen der Erstellung eines Angebotes und nur durch das die Vergabeunterlagen anfordernde Unternehmen zulässig. Einer darüber hinausgehenden Weitergabe und insbesondere der Verkauf von Vergabeunterlagen an Dritte gleich zu welchem Zweck sind nicht gestattet.

Sollten Sie die Vergabeunterlagen nicht direkt von der Vergabestelle bzw. über den Vergabemarktplatz des Landes NRW erhalten haben, sondern über Dienstleister oder beauftragte Dritte, wird Ihnen eine Registrierung auf dem Vergabemarktplatz des Landes NRW und eine Teilnahme über v. g. Vergabemarktplatz empfohlen. Vergabeunterlagen können von der Vergabestelle geändert oder ergänzt werden, die Bieterkommunikation, die i.d.R. als einziges Kommunikationsmittel zugelassen ist, kann erläuternde Hinweise der Vergabestelle enthalten.

Einen verbindlichen und jeweils aktuellen Stand der Informationen zu diesem Vergabeverfahren finden Sie im Regelfall nur auf dem Vergabemarktplatz des Landes NRW.

Wir empfehlen Ihnen eine freiwillige Registrierung auf dem Vergabemarktplatz NRW. Diese bietet Ihnen den Vorteil, dass Sie automatisch über Änderungen an den Teilnahme-/Vergabeunterlagen oder über Antworten zum Verfahren informiert werden. Zur Kommunikation mit der Vergabestelle und zur elektronischen Einreichung des Teilnahmeantrages/Angebotes ist eine Registrierung zwingend.

Online-Hilfen zum Vergabemarktplatz

Um Sie als Bieter auf das künftige Verfahren vorzubereiten, auch in Bezug auf die technischen Voraussetzungen, stehen Ihnen folgende Online-Hilfen zum Vergabemarktplatz zur Verfügung:

Support: <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Hilfe zum Bietertool:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>

Tipps zur Abgabe elektronischer Angebote:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Tipps+zur+elektronischen+Angebotsabgabe>

Bei weiteren Fragen können Sie sich per Mail an den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr wenden:

Email: support@cosinex.de

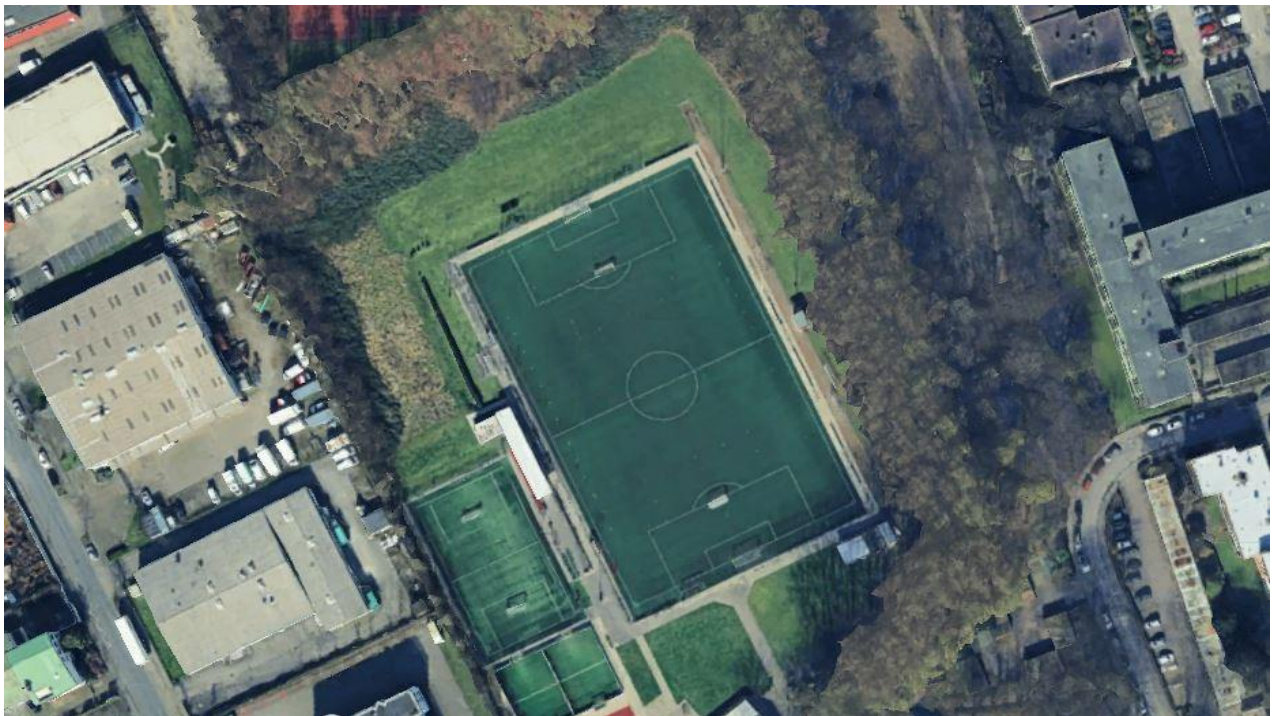
Vergabeverfahren

gemäß §15 VgV

Offenes Verfahren

Neubau Umkleide Brauksweg LP 5-9

Sportanlage
Brauksweg 15
44309 Dortmund



Verdingungsunterlage zu Vergabeverfahren
Technische Ausrüstung
Anlagengruppe 1, 2, 3, 4, 5 und 8

Dortmund im März 2026

06.05.2026

Inhalt

1. Maßnahmenbeschreibung und Auftragsgegenstand.....	2
2. Beschreibung der Beschaffung.....	3
3. Projektbudget	4
4. Vorläufige Zeitplanung.....	4

1. Maßnahmenbeschreibung und Auftragsgegenstand

Auf der städtischen Sportanlage am Brauksweg in Dortmund ist die Errichtung eines neuen eingeschossigen Umkleidegebäudes in Massivbauweise vorgesehen. Die Maßnahme wurde im Rahmen der Leistungsphase 1 bis 4 gemäß HOAI grundlegend vorbereitet. Eine genehmigungsfähige Entwurfsplanung liegt vor und bildet die Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung. Die Planung erfolgte weitgehend auf Basis der Dortmunder Immobilienstandards (DIS) und ist in der weiteren Bearbeitung entsprechend fortzuführen.

Das geplante Gebäude dient der sportlichen Nutzung auf der Anlage und soll insbesondere eine funktionale, moderne und barrierefreie Umkleidesituation für Sportlerinnen und Sportler schaffen. Der herzustellende Neubau umfasst eine Nutzfläche von ca. 184 m² und beinhaltet vier Umkleideeinheiten, jeweils mit angrenzenden Waschräumen. Ergänzt wird das Raumprogramm durch ein barrierefreies WC. Die Zugänge zum Gebäude sind vollständig barrierefrei konzipiert. Das Umkleidegebäude wird als eingeschossiger, nicht unterkellter Massivbau errichtet.

Im Sinne der städtischen Klimastrategie wird das Dach als extensiv begrüntes Flachdach ausgeführt, während die Fassade aus horizontal verlegten Holzpaneelen besteht und somit sowohl gestalterischen als auch nachhaltigen Anforderungen gerecht wird.

Zur Wärmeversorgung des Gebäudes wurde in enger Abstimmung mit dem Energiemanagement der Stadt Dortmund sowie unter Mitwirkung eines Fachplaners eine Luft-/Wasserwärmepumpe mit einer Leistung von ca. 30 kW und zusätzlicher „Booster“-Wärmepumpe vorgesehen. Diese Lösung erfüllt die energetischen Anforderungen sowie die anerkannten Regeln der Technik und die Dortmunder Immobilienstandards.

Ziel ist, die Schaffung eines funktionalen, wirtschaftlichen und zukunftsfähigen Umkleidegebäudes, das den Anforderungen des Sportbetriebs dauerhaft gerecht wird.

Grundlage der Planung von Leistungsphase 5-9 ist die Genehmigungsplanung aus Oktober 2024 mit der dazugehörigen Baubeschreibung und den Entwurfsplänen, welche als Anlagen angehängt sind.

Gegenstand der Ausschreibung sind Fachplanungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß §55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 für die Leistungsphasen 5-9.

Die Honorarzone nach §5 Abs. 1, § 35 Abs. 2, Anlage 10 HOAI nicht mehr vom Auftraggeber vorgegeben werden. Diese ist mit der Angebotsabgabe durch den Bieter vorzugeben.

Die Beauftragung erfolgt über einen Stufenvertrag:

Stufe 1: LPH 5

Stufe 2: LPH 6-8

Stufe 3: LPH 9 (optional)

2. Beschreibung der Beschaffung

Es werden Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung gemäß § 55 HOAI für den Neubau des Umkleidegebäudes am Brauksweg 15 in 44309 Dortmund benötigt.

Der vorliegende Auftrag umfasst die Grundleistungen der vorgenannten Technischen Gebäudeausrüstung der folgenden Leistungsphasen:

- Lph 5: Ausführungsplanung;
- Lph 6: Vorbereitung der Vergabe;
- Lph 7: Mitwirkung bei der Vergabe;
- Lph 8: Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation;
- Lph 9: Objektbetreuung.

Grundleistungen im Leistungsbild

Lph 7 wird von 3% auf 1% reduziert, da die Grundleistungen der Lph 7 nur in Teilen auszuführen ist:

Grundleistungen
LPH 7 – Mitwirkung bei der Vergabe
<div>a) Einholen von Angeboten</div> <div>b) Prüfen und Werten der Angebote (in Teilen) – einschließlich Aufstellen eines Preisspiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen, Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise</div> <div>c) Führen von Bietergesprächen</div> <div>d) Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens</div> <div>e) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen</div> <div>f) Kostenkontrolle durch Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung</div> <div>g) Mitwirken bei der Auftragserteilung</div>

Sonstige Planungsleistungen

Sonstige zu vergebene Leistungen sind nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung und werden parallel ausgeschrieben oder sind bereits vergeben worden.

3. Gesamtprojektbudget

Zur Umsetzung der Maßnahme Der Kostenrahmen (ohne KG 700) beläuft sich auf netto 1.362.728,67 EUR.

Annahme Anlagengruppe 1:	151.267,00 EUR netto
Annahme Anlagengruppe 2:	243.080,00 EUR netto
Annahme Anlagengruppe 3:	78.515,00 EUR netto
Annahme Anlagengruppe 4:	91.098,58 EUR netto
Annahme Anlagengruppe 5:	6.584,05 EUR netto
Annahme Anlagengruppe 8:	93.500,00 EUR netto

4. Vorläufige Zeitplanung

Hinsichtlich des Zeitplans ist davon auszugehen, dass unmittelbar nach Auftragsvergabe mit den Planungsarbeiten begonnen werden soll.

Vergabe der Honorarleistung	bis Ende Juli 2026
Planungsbeginn	ab August 2026 (LPH 5)
Fertigstellung Planung (LPH 5)	bis Oktober 2026

Stadt Dortmund, 44122 Dortmund

19/3-2
Viktoriastraße 15

Herr Dettmar
Tel. (0231) 50-24169
Zimmer 314
ddettmar@stadtdo.de *

12.05.2026

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Vergabe-Nr. F046/26

Umkleide Brauksweg TGA-Planer LP 5-9

Ende der Frist für zusätzli- che Informationen	Ende der Angebotsfrist	Ende der Bindefrist
09.06.2026, 20:00 Uhr	12.06.2026, 20:00 Uhr	10.09.2026

Sehr geehrte Interessierte,

die Stadt Dortmund beabsichtigt, die in der anliegenden Beschreibung bezeichnete Leistung durch ein Offenes Verfahren nach VgV zu vergeben.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt:

- ☐ Preis 100%
☒ Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung laut den besonderen Bewerbungsbedingun-
gen.

☐ Eine Angebotsabgabe auf Lose ist möglich. Der Umfang der Lose ergibt sich aus der Leistungs-
beschreibung. Näheres entnehmen Sie bitte den Besonderen Bewerbungsbedingungen.

Öffnungszeiten

Bankverbindung dortmund.de

montags bis mittwochs 8–12 Uhr und 13–15.30 Uhr, donnerstags bis 17 Uhr
freitags 8–12 Uhr und nach Vereinbarung

IBAN: DE65 4405 0199 0001 1244 47 BIC: DORTDE33XXX

Ausführliche Datenschutzinformationen finden Sie auf der Website unter: dortmund.de/datenschutz
Unverschlüsselte E-Mails können auf allen Internetstrecken unbefugt mitgelesen/verändert werden.

Ihr Angebot können Sie

☒ elektronisch

☒ in Textform

☒ mit fortgeschrittener elektronischer Signatur/Siegel

☒ mit qualifizierter elektronischer Signatur/Siegel

über das Bietertool des Vergabemarktplatzes einreichen. Bitte beachten Sie die Informationen „elektronische Angebotsabgabe“.

Die Kommunikation im Vergabeverfahren wird **ausschließlich** über den Vergabemarktplatz Metro-
pole Ruhr geführt.

Ein Anspruch auf Beantwortung von Bieter*innenfragen besteht nur, sofern diese innerhalb der o. a.
„Frist für zusätzliche Informationen“ gestellt worden sind.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Sie Ihr Angebot zurückziehen. Sollten Sie nicht beabsichtigen, ein Angebot abzugeben, bitten wir um kurze Mitteilung. Ein Nachteil für zukünftige Vergabeverfahren entsteht Ihnen dadurch nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dettmar

Verwaltungsfachwirt

(Dieses Schreiben wurde per EDV erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig)

Anlagen

Unterlagen, die bei Ihnen verbleiben:

- ☒ Informationen „elektronische Angebotsabgabe“
- ☒ Aufforderung zur Angebotsabgabe (dieses Schreiben)

Unterlagen, die bei Ihnen verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund
- ☒ Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW
- ☒ Besondere Vertragsbedingungen zur Verpflichtungserklärung Frauen- und Familienförderung
- ☒ Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen
- ☒ Besondere Bewerbungsbedingungen
- ☒ Muster Ingenieurvertrag

Unterlagen, die von Ihnen einzureichen sind:

- ☒ Angebotsschreiben
- ☒ Eignungsprüfungsbogen
 - ☒ Nachweis (Kopie) der Versicherungspolice Betriebs- oder Berufshaftpflichtversicherung
 - ☒ Erklärung zum Abschluss einer Versicherung mit den geforderten Deckungssummen im Auftragsfall / Erklärung zur Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall (bei Bedarf)
 - ☒ Darstellung zu den Referenzprojekten (max. 2 DIN A4 Seiten je Referenz)
- ☒ Preisblatt
- ☒ Eigenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022
- ☒ Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- ☒ Angaben Projektmitglieder
- ☒ Erklärung Unteraufträge (bei Bedarf)
- ☒ Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (bei Bedarf)

Besondere Bewerbungsbedingungen – F046/26

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Es werden folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

- 40% Honorarangebot (Preis)
- 40 % Qualität davon
- Darstellung der Projektorganisation, inkl. Termin- und Kostenkontrolle in der Planungs- und Ausführungsphase 10%
- Projektspezifische Risiken und Chancen der TGA in Planungs- und Bauphasen 15%
- Methoden zur Sicherstellung der Projektziele 15%
- 20 % Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals

Die Wertung erfolgt unter Einbeziehung der eingereichten Angebotsunterlagen.

Jedes Angebot kann eine Gesamtwertungspunktzahl von maximal 1000 Wertungspunkten (WP) erreichen. Für das Kriterium „Honorarangebot“ können maximal 400 WP, für das Kriterium „Qualität“ können maximal 400 WP, davon 100 WP für das Kriterium „Darstellung der Projektorganisation, inkl. Termin- und Kostenkontrolle in der Planungs- und Ausführungsphase“ und 150 WP für Projektspezifische Risiken und Chancen der TGA in Planungs- und Bauphasen Methoden zur Sicherstellung der Projektziele und 150 WP für die Methoden zur Sicherstellung der Projektziele und 200 WP für Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals erreicht werden. Die Summe der WP aus den o. g. Kriterien ergibt die Gesamtwertungspunktzahl. Den Zuschlag erhält der Bieter, dessen Angebot die höchste Gesamtwertungspunktzahl erreicht.

Die Punkteverteilung wird im Einzelnen wie folgt vorgenommen:

Preis:

Als Angebotspreis wird die rechnerisch geprüfte Angebotssumme einschließlich USt sowie etwaiger Zu- und Abschläge zugrunde gelegt.

Das Angebot mit dem niedrigsten Preis erhält die höchste Punktzahl. Diese beträgt für das Kriterium Preis 400 WP. Die Angebote mit einem höheren Preis erhalten entsprechend der prozentualen Abweichung zum günstigsten Angebot weniger Punkte. Es erfolgt eine lineare Interpolation. Weicht der Preis um mehr als 100 % vom günstigsten Preis ab, erhält das Angebot null Punkte.

Beispiel:

	Angebot 1	Angebot 2	Angebot 3
Preis	10.000,00 €	15.000,00 €	30.000,00 €
Differenz	0,00 €	5.000,00 €	20.000,00 €
Abweichung %	0,00%	50,00%	200,00%
WP	400	200	0

Qualitative Kriterien:

Den Bewertungsmaßstab für die qualitativen Kriterien bildet ein Notensystem von sehr gut bis ungenügend. Den Noten werden folgende Punkte zugeordnet:

Note:	Punkte:	Prozentanteil der möglichen Wertungspunkte
sehr gut	5 Punkte	100
gut	4 Punkte	80
befriedigend	3 Punkte	60
ausreichend	2 Punkte	40
mangelhaft	1 Punkte	20
ungenügend	0 Punkte	0

Die Notenvergabe richtet sich nach folgender Vorgabe:

sehr gut:

Die Umsetzung überzeugt in besonderem Maße.

gut:

Die Umsetzung überzeugt uneingeschränkt, ohne in besonderem Maße herauszuragen.

befriedigend:

Die Umsetzung überzeugt im Wesentlichen.

ausreichend:

Die Umsetzung überzeugt nur bedingt bzw. eingeschränkt.

mangelhaft:

Die Umsetzung überzeugt in entscheidenden Punkten nicht.

ungenügend:

Die Umsetzung entspricht in keiner Weise den Anforderungen.

Sollte ein qualitatives Kriterium mit den Noten mangelhaft oder ungenügend bewertet werden, wird das Angebot von der Beteiligung am weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Sofern bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes, nach den oben festgelegten Zuschlagskriterien, mehrere wertungsgleiche Angebote vorliegen, behält sich die öffentliche Auftraggeberin vor, per Losverfahren zu entscheiden.



INGENIEURVERTRAG

- Leistungen bei der Technischen Ausrüstung / HOAI Teil 4 Abschnitt 2 – HOAI 2021

Zwischen der

Stadt Dortmund,
vertreten durch die Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund, diese vertreten durch die
Geschäftsleitung, Untere Brinkstraße 81-89, 44141 Dortmund

nachstehend *Auftraggeber* genannt,

und

<Name Büro >, <Str. Nr.> in <PLZ, Ort>,
vertreten durch die Geschäftsführung Hr./Fr. <Name>,

nachstehend *Auftragnehmer* genannt,

wird für die Umsetzung der Maßnahme:

Umkleidebau Brackeler Löwen

Auftragssumme: <XXXXXX> Brutto

folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gegenstand des Vertrages
§ 2	Grundlagen des Vertrages
§ 3	Leistungen des Auftragnehmers
§ 4	Vergütung des Auftragnehmers
§ 5	Zahlungen
§ 6	Zeitplanung, Termine und Fristen
§ 7	Haftplichtversicherung
§ 8	Schlussvorschriften / Schriftform

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 zum Vertrag:	Allgemeine Vertragsbestimmungen für freiberufliche Leistungen
Anlage 2 zum Vertrag:	Honorarangebot des Auftragnehmers in geprüfter Fassung auf Grundlage der Leistungsbeschreibung, inklusive Maßnahmenbeschreibung und Ermittlung anrechenbarer Kosten

Weitere Anlagen zum Vertrag:

Siehe dazu die verbindlichen Dokumente „Anlagen und Informationen zu Architekten- und Ingenieurverträgen“
unter:

<https://www.dortmund.de/themen/planen-und-bauen/dortmunder-immobilien-standards/>

[„Informationen für Architekten und Ingenieure, 395 KB, ZIP“](#)

§ 1

Gegenstand des Vertrages

1. Die Auftraggeberin überträgt dem Auftragnehmer die in § 3 dieses Vertrages genannten Leistungen für die Maßnahme:

Umkleidebau Brackeler Löwen
Brauksweg 15, 44309 Dortmund

(siehe nähere Maßnahmenbeschreibung lt. **Anlage Nr. 2**)

§ 2

Grundlagen des Vertrages

1. Grundlagen des Vertrages sind in folgender Rangfolge:
 - 1.1 die Regelungen, Inhalte und Anlagen dieses Vertrages;
 - 1.2 die Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) gem. **Anlage Nr. 1** zum Vertrag;
 - 1.3 die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere die Regelungen §§ 650 a bis 650 t BGB, finden ergänzend Anwendung;
 - 1.4 die baulichen Standards der Stadt Dortmund
(Fundstelle: <https://www.dortmund.de/themen/planen-und-bauen/dortmunder-immobilien-standards/>
„Standards, 14 MB, ZIP“)
 - 1.6 das Honorarangebot des Auftragnehmers vom **<Datum>** in geprüfter Fassung gem. **Anlage Nr. 2** zum Vertrag;

Bei widersprüchlichen Regelungen gelten die vorrangigen Bestimmungen.

Weitere Grundlagen des Vertrages sind:

2. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, gelten nur dann, wenn diese von der Auftraggeberin ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.
3. Für die Honorierung der unter § 3 genannten Leistungen gilt die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der ab dem 01.01.2021 geltenden Fassung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes vereinbart ist.

§ 3

Leistungen des Auftragnehmers

1. Die genannte Maßnahme nach diesem Vertrag wird wie folgt eingeordnet:

- | | |
|-------------------------------------|-----------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Neubau |
| <input type="checkbox"/> | Erweiterungsbau |
| <input type="checkbox"/> | Umbau |
| <input type="checkbox"/> | Modernisierung |
| <input type="checkbox"/> | Instandsetzung |
| <input type="checkbox"/> | Instandhaltung |
- (Zuordnung wird angekreuzt!)

2. Die Beauftragung der Leistungen des Auftragnehmers erfolgt in Leistungsstufen inkl. einem optionalen Leistungsumfang:

2.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das in § 1 dieses Vertrages genannte Vorhaben sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Aufgaben und Pflichten zur Herbeiführung des vertraglich geschuldeten Werkerfolgs auszuführen und zu erfüllen, so dass für die (Teil-) Leistungen ein mangelfreies Werk vorliegt.

2.2 Die Auftraggeberin überträgt dem Auftragnehmer zunächst nur die Leistungen gem. § 3 Absatz 3 dieses Vertrages. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Beauftragung auf diese Teilleistungen zu beschränken.

Die Leistungen nach § 3 Abs. 4 des Vertrages sind hiermit noch nicht beauftragt.

Eine Übertragung dieser optionalen (Teil-) Leistungen durch die Auftraggeberin, einzeln oder im Ganzen, ist durch eine schriftliche Mitteilung möglich.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Leistungen zu erbringen, wenn die Auftraggeberin diese dem Auftragnehmer im Zeitraum von 12 Monaten nach Abschluss der letzten bereits beauftragten Leistung überträgt.

2.3 Die Erbringung von Leistungen aus nachfolgenden Leistungsphasen ohne vorherige Beauftragung durch die Auftraggeberin erfolgt auf eigenes Risiko des Auftragnehmers und ohne Vergütungspflicht des Auftraggebers.

2.4 Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der optionalen (Teil-) Leistungen nach § 3 Absatz 4 dieses Vertrages besteht nicht.

Die Auftraggeberin bleibt frei in ihrer Entscheidung, ob sie den Auftragnehmer oder einen Dritten mit den optionalen (Teil-) Leistungen beauftragt.

Der Auftragnehmer kann aus der Nichtbeauftragung der optionalen (Teil-) Leistungen keine Ansprüche (insbesondere keinen Erfüllungsanspruch und keinen Schadenersatzanspruch) gegen die Auftraggeberin geltend machen.

Er ist lediglich berechtigt, die Vergütung zu verlangen, die auf die beauftragten und erbrachten Leistungen entfällt.

Aus der abschnittswisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

3. Der Auftragnehmer hat hierzu folgende Leistungen als Leistungspflichten zu erbringen:

3.1 Grundleistungen aus dem Leistungsbild „Technische Ausrüstung“ unter Bezug auf § 55 und Anlage 15.1 HOAI:

Betroffene Anlagengruppen nach § 53 Abs. 2 HOAI:

- Anlagengruppe 1 – (Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen)
- Anlagengruppe 2 - (Wärmeversorgungsanlagen)
- Anlagengruppe 3 - (Lufttechnische Anlagen)
- Anlagengruppe 4 - (Starkstromanlagen)
- Anlagengruppe 5 - (Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen)
- Anlagengruppe 8 – (Gebäude- und Anlagenautomation)

Leistungsstufe 1:

Lph.4 Genehmigungsplanung ^{1) entfällt} 0,00 %

Lph.5 Ausführungsplanung 22,00 %

Summe : 22,00 %

Leistungsstufe 2:

Lph.6 Vorbereiten der Vergabe	7,00 %
Lph.7 Mitwirkung bei der Vergabe ²⁾ reduziert	1,00 %
<u>Lph.8 Objektüberwachung, Dokumentation</u>	<u>35,00 %</u>
Summe :	43,00 %

¹⁾ Lph.4: entfällt, soweit nicht erforderlich.

²⁾ Lph.7: reduziert, da Leistungen durch das Stadtamt 19
(Vergabe- und Beschaffungszentrum Dortmund) ausgeführt werden.

4. Als optionaler Leistungsumfang der (Teil-) Leistungen wird folgendes vereinbart *:

Grundleistungen aus dem Leistungsbild Technischen Ausrüstung unter Bezug auf § 55 und Anlage 15.1 HOAI:

Alle betroffene Anlagengruppen nach § 53 Abs. 2 HOAI und diesen Vertrag

<u>Lph.9 Objektbetreuung</u>	<u>1,00 %</u>
Summe :	1,00 %

Überträgt die Auftraggeber dem Auftragnehmer die Leistungsphase 9 (Objektbetreuung), so ist damit die Beauftragung folgender Besonderer Leistung verbunden:

Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen

**) Diese Leistungen sind mit diesem Vertrag noch nicht beauftragt*

5. Weitere Anforderungen:

- 5.1 Werden Leistungen des Auftragnehmers oder Dritter erforderlich, die von ihnen als notwendig erkannt werden oder von ihnen verlangt werden und die nicht vertraglich vereinbart sind, sind sie verpflichtet, Vergütungsforderungen vor der Leistungserbringung anzumelden und zu vereinbaren.
Leistungen, die zusätzlich und ohne eine vorherige Vereinbarung erbracht werden, berechtigen den Auftragnehmer oder Dritte nicht zu Honorarforderungen.
- 5.2 Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet, die von ihm zu erbringenden Leistungen als Bestandteil des gesamten Planungsprozesses zu betrachten, sowie die Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung des Bauwerks oder der Außenanlage erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.
- 5.3 Die Vertragsparteien vereinbaren mit der Realisierung der unter § 1 des Vertrages genannten Maßnahme folgende Ziele:
- **Kostenziel:** Der Auftragnehmer hat die Planung nach dem wirtschaftlichen Rahmen der Auftraggeberin auszurichten.
 - **Qualitätsziel:** Die Planung und Ausführung erfolgen nach den Standards der Stadt Dortmund.

- **Terminziel:** Planung und Ausführung der Maßnahme erfolgen nach diesem Vertrag und fortlaufender sowie abgestimmter Detail-Terminplanung.

Sollte sich im Rahmen der weiteren Projektabwicklung herausstellen, dass die vereinbarten Ziele wesentlich gefährdet sind, hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich zu informieren und Anpassungsmaßnahmen vorzuschlagen.

- 5.4 Der Auftragnehmer hat die Leistungen anderer, soweit sie seine eigenen Leistungen auch nur in irgendeiner anderen Weise beeinflussen könnten, zur weiteren Berücksichtigung für seine eigene Leistung zu beurteilen.
Der Auftragnehmer hat aufgrund seiner Fachkenntnis und beim Erkennen von Unstimmigkeiten die Auftraggeberin unverzüglich zu informieren.

- 5.5 Werden Leistungen auf Einzelnachweis vergütet, so hat der Auftragnehmer diese der Auftraggeberin zu deren Anerkennung wöchentlich vorzulegen.

- 5.6 Die folgenden Anlagen werden Vertragsbestandteil und sind zwingend zu beachten:

Die erforderlichen Anlagen sind dem folgenden Link aus dem Internet zu entnehmen:

<https://www.dortmund.de/themen/planen-und-bauen/dortmunder-immobilien-standards/>

„Informationen für Architekten und Ingenieure, 395 KB, ZIP“

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von der Auftraggeberin unter dem genannten Link zur Verfügung gestellten Vorgaben, Informationen und Dokumente im Rahmen seiner Leistungserbringung zu nutzen.

- 5.6.1 Die zu fertigenden Pläne sind nach den Angaben der genannten Anlage zu liefern:
Siehe Anlage „**CAD – Standards für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung**“.

- 5.6.2 Die Kostenermittlungen nach DIN 276 sind unter Anwendung der Vorlage der Auftraggeberin zu erstellen. Ein zusätzlicher Honoraranspruch für die Verwendung dieser Vorlage besteht nicht.
Siehe hierzu Anlage „**Kostenermittlung nach DIN 276**“.

Der Auftragnehmer hat die von ihm gefertigten Unterlagen und seine Beiträge zur Kostenermittlung nach DIN 276 (i.d.F. 12/2018) rechtsverbindlich zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zur Anerkennung vorzulegen.

Die Kostenschätzung nach DIN 276 ist, soweit möglich, ebenfalls bis zur dritten Ebene bzw. nach Vergabeeinheiten zu erstellen.

- 5.6.3 Bei Beauftragung der Leistungsphase 6 (Vorbereiten der Vergabe) sind die formulierten Anforderungen, u.a. für die Leistungsverzeichnis- Erstellung gemäß den folgenden Anlagen zu berücksichtigen:
Siehe dazu Anlage „**Qualitätsstandards für Vergaben von Bauleistungen**“
sowie
Anlage „ZTV Erdarbeiten“
sowie
Anlage „Checkliste LV-Prüfung Formblatt 24“.

5.6.4 Bei Beauftragung der Leistungsphase 8 hat der Auftragnehmer im Zuge seiner Leistungen ein Bautagebuch gemäß den Angaben der Auftraggeberin zu führen. Kopien des Bautagebuchs sind der Auftraggeberin zum 1. Werktag des Folgemonats unaufgefordert vorzulegen.

Während der gesamten Bauzeit sind im regelmäßigen Rhythmus, Bau- und Projektbesprechungen mit den Baubeteiligten durchzuführen, die durch den Auftragnehmer protokollarisch festgehalten werden. Die Protokolle sind der Auftraggeberin zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Siehe dazu Anlage „**Bautagebuch**“.

6. Projektverantwortliche

6.1 Der Auftragnehmer benennt als Projektverantwortliche folgende Personen:

(<Frau/Herr>, <Akad. Grad>, <Name>, <Berufsbezeichnung>)

Projektleiter(in) :..... (bitte ausfüllen!)

Stellv. Projektleiter(in):..... (bitte ausfüllen!)

6.2 Der Auftragnehmer stellt weiterhin in jedem Fall sicher, dass eine Vertretung bei einer örtlichen oder persönlichen Verhinderung von fachlich geeigneten und eingewiesenen Mitarbeitern*innen gewährleistet ist und jederzeit der Zugang zu Informationen, Unterlagen, Plänen, etc. gegeben ist und diese an die Auftraggeberin oder an weitere Fachplaner*innen übergeben werden können. Dies gilt auch in Krankheitsfällen.

6.3 Die Auftraggeberin benennt dem Auftragnehmer nach Vertragsabschluss eine auf seiner Seite projektverantwortliche Person.

7. Einsatz von evtl. Dritten und die Zustimmung der Auftraggeberin

Der Auftragnehmer wird die ihm übertragenen Leistungen grundsätzlich persönlich mit seinem Büro erbringen.

Für den Einsatz von Dritten ist die schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin einzuholen und der entsprechende Haftpflichtversicherungsnachweis zu erbringen.

§ 4

Vergütung des Auftragnehmers / Honorarberechnung

1. Die dem Auftragnehmer zu gewährende Vergütung wird nach Maßgabe der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der vereinbarten Fassung nach diesem Vertrag ermittelt, soweit nichts Abweichendes vereinbart ist.

2. Die folgend vereinbarten Honorarparameter (Honorarzone, Honorarsatz, Nebenkosten und Zu- und/oder Abschläge) sind verbindlich und können nachträglich, d. h. nach Abschluss dieses Vertrages, nicht angepasst werden.

3. Honorareinstufung

Für die Maßnahme nach diesem Vertrag wird folgende Honorareinstufung der jeweiligen Anlagengruppe vereinbart:

Anlagengruppe 1: Honorarzone: < I / II / III / IV / V >,

- Honorarsatz:** <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
- Anlagengruppe 2:** **Honorarzone:** < I / II / III / IV / V >,
 Honorarsatz: <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
- Anlagengruppe 3:** **Honorarzone:** < I / II / III / IV / V >,
 Honorarsatz: <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
- Anlagengruppe 4:** **Honorarzone:** < I / II / III / IV / V >,
 Honorarsatz: <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
- Anlagengruppe 5:** **Honorarzone:** < I / II / III / IV / V >,
 Honorarsatz: <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
- Anlagengruppe 8:** **Honorarzone:** < I / II / III / IV / V >,
 Honorarsatz: <Basishonorar-/Viertel-/Mittel-/...satz>
4. Kostengrundlage:
 Die Grundlage der anrechenbaren Kosten gem. §§ 4 u. 6 HOAI ist Kostenberechnung nach DIN 276 des Auftraggebers vom 21.12.2023.
5. Anrechenbare Kosten:
 Demnach belaufen sich die vorläufig anrechenbaren Kosten der Anlagen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 54 HOAI für die genannten Anlagengruppen wie folgt:
- | | |
|-------------------------|---------------------------|
| Anlagengruppe 1: | 151.267,00 € netto |
| Anlagengruppe 2: | 243.080,00 € netto |
| Anlagengruppe 3: | 78.515,00 € netto |
| Anlagengruppe 4: | 91.098,58 € netto |
| Anlagengruppe 5: | 6.584,05 € netto |
| Anlagengruppe 8: | 93.500,00 € netto |
6. Mitzuverarbeitenden Bausubstanz:
 Eine Erhöhung der anrechenbaren Kosten gemäß diesem Vertrag durch evtl. mitzuverarbeitende Bausubstanz erfolgt nicht. Ein evtl. entstehender Mehraufwand durch mitzuverarbeitende Bausubstanz ist mit dem nach den übrigen Regelungen des § 4 berechnete Honorar abgegolten.
7. Endgültige Grundlage für das Honorar (Grundleistungen nach HOAI)
 Die endgültige Honorarberechnung für alle Grundleistungen nach diesem Vertrag richtet sich nach den anrechenbaren Kosten auf Grundlage der von der Auftraggeberin genehmigten Kostenberechnung.
 Solange die Kostenberechnung noch nicht vorliegt, ist die Kostenschätzung maßgebend.
8. Zuschläge / Abschläge:
- ☐ Zusätzlich wird für **Umbauten / Modernisierungen von Gebäuden** ein Zuschlag gemäß § 6 Abs. 2, § 56 Abs. 5 HOAI in Höhe von **<0 bis 50 %>** vereinbart.
- ☐ Ein Zuschlag gem. §§ 56 und 12 HOAI wird nicht vereinbart.
- ☐ **Auf das Gesamthonorar des Nettohonorars wird ein Abschlag wie folgt vereinbart: <± Summe> €.**
9. Nebenkosten

☐ Zur Abgeltung aller sonstigen Nebenkosten gemäß §14 HOAI (wie z.B. Telefon, Versandkosten, EDV, Lichtpausen, Kopien und Reisekosten, etc.) werden pauschal **<Summe> %** des Nettohonorars vereinbart.

☐ Zusätzliche Nebenkosten sind nicht vereinbart.

☐ Die Nebenkosten sind mit dem vereinbarten Pauschalhonorar bereits mit abgegolten.

10. Mehrwertsteuer

Es gilt die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gesetzlich gültige Mehrwertsteuer.

11. Leistungen nach Zeitaufwand

Zur Abgeltung von eventuell gesondert beauftragten zusätzlichen Leistungen, die nach Stundensätzen vergütet werden, ist die Honorierung wie folgt vereinbart für:

- Geschäftsführer*in:€ / Std. netto

- Ingenieur*in / Architekt*in:€ / Std. netto

Diplom, Master of Arts (M.A.), Bachelor- Ing., Master of Engineering (M. Eng.),
Master of Science (M.Sc.), Mitarbeiter mit vergleichbarer Qualifikation

- Sonstige Mitarbeiter*in:€ / Std. netto

Techn. Zeichner*in, Büromitarbeiter*in, sonstige Mitarbeiter*in
mit vergleichbarer Qualifikation

Über die geleisteten Stunden ist vom Auftragnehmer ein Nachweis zu führen. Dieser muss die Tätigkeiten im Einzelnen, d.h. Datum und Anzahl der geleisteten Stunden, Personal und Tätigkeitsinhalte enthalten. Die Nachweise sind der Auftraggeberin unterschrieben wöchentlich zur Anerkennung vorzulegen.

12. Unter Zugrundelegung der vorgenannten Bedingungen errechnet sich das Honorar wie folgt:

Honorarberechnung für die Technische Gebäudeausrüstung

(siehe dazu Honorarermittlung i. d. **Anlage Nr. 2**)

- **Anlagengruppe 1 - (Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen)**
- **Anlagengruppe 2 - (Wärmeversorgungsanlagen)**
- **Anlagengruppe 3 - (Lufttechnische Anlagen)**
- **Anlagengruppe 4 - (Starkstromanlagen)**
- **Anlagengruppe 5 - (Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen)**
- **Anlagengruppe 8 - (Gebäude- und Anlagenautomation)**

Grundlagen

Anlagengruppe 1

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen
nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 151.267,00 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. =

<Summe> €

Anlagengruppe 2

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen

nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 243.080,00 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. = <Summe> €

Anlagengruppe 3

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen

nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 78.515,00 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. = <Summe> €

Anlagengruppe 4

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen

nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 91.098,58 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. = <Summe> €

Anlagengruppe 5

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen

nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 6.584,05 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. = <Summe> €

Anlagengruppe 8

vereinbarte Honorareinstufung für die Grundleistungen

nach diesem Vertrag: Zone <X>, <.....satz>

Kosten

Grundlage gemäß § 53 u. § 54 HOAI:

Vorl. anrechenbare Kosten, netto = 93.500,00 €

Vorl. Grundhonorar 100% = <Summe> €

Vorl. Leistungshonorar der Grundleistungen:

<Summe> € (GH) x <Summe> v. H. = <Summe> €

Honorarzusammenstellung:

Honorar, GL, Anlagengruppe 1 – 5, 8: <Summe> €

Gesamtauftragssumme (netto exkl. NK) <Summe> €

zzgl. 0,00 % Nebenkosten	<Summe> €
	<Summe> €
Zu/- oder Abschlag in	+/- <Summe> €
Gesamtauftragssumme (netto inkl. NK)	<Summe> €
zzgl. 19 % MwSt.	<Summe> €
Vorläufige Auftragssumme, Lph.5.. bis .9. (brutto)	<Summe> €

§ 5 Zahlungen

1. Der Auftragnehmer erhält auf Antrag Abschlagszahlungen mit bis zu 95% der ihm für die jeweils erbrachten Teilleistungen zustehenden Honorare, einschließlich Umsatzsteuer.
2. Wenn die Kostenberechnung vorliegt oder keine weiteren optionalen Stufen abgerufen werden, wird das den Leistungsphasen entsprechende Honorar zu 100 % ausgezahlt.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei einer sich abzeichnenden Reduzierung der jeweilig anrechenbaren Kosten eine Überzahlung von Vergütungen zu vermeiden; er hat daher die Abschlagsforderungen, auch Dritter, ggf. entsprechend zu reduzieren. Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin darüber zu informieren.

Die Auftraggeberin behält sich im Rahmen des von ihm durchzuführenden Kostencontrollings vor, bei einer sich abzeichnenden Überzahlung des Auftragnehmers die Abschlag-forderungen entsprechend zu vermindern. Der Auftragnehmer wird von der Auftraggeberin rechtzeitig informiert.

4. Eine förmliche Teilabnahme nach § 650 s BGB für die Leistungen des Auftragnehmers wird nicht verlangt.
5. Die nach Abzug der geleisteten Abschlagszahlungen verbleibende Schlusszahlung wird fällig, sobald der Auftragnehmer alle Vertragsleistungen erfüllt hat.
6. Die Fälligkeit der Schlusszahlung ist abhängig von der Vorlage einer prüffähigen Rechnung des Auftragnehmers.

§ 6 Zeitplanung, Termine und Fristen

1. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen so zu erbringen, dass eine reibungslose und effektive Projektabwicklung erreicht wird.
Die Termine für die Leistungen nach diesem Vertrag sind mit dem Projektleiter der Auftraggeberin schriftlich abzustimmen und verbindlich zu vereinbaren.
2. Terminpläne, welche im Laufe der Projektabwicklung fortgeschrieben werden und einvernehmlich abgestimmt sind, werden ebenfalls Vertragsbestandteil und sind verbindlich zu beachten.
3. Wird vom Auftragnehmer erkannt, dass durch besondere Umstände die unter § 6 Abs. 1 vereinbarten Termine nicht eingehalten werden können, so hat der Auftragnehmer unverzüglich die Nichteinhaltung des Termins der Auftraggeberin unter Angabe von Gründen schriftlich mitzuteilen und Vorschläge zur Kompensation der Terminüberschreitung zu unterbereiten.

4. Besondere Ereignisse und Umstände (z.B. *Unfälle, Krankheiten, Lieferstörungen und verzögerte Leistungserbringung durch ein am Bauvorhaben beteiligtes Unternehmen oder Büro*), die nach Einschätzung des Auftragnehmers zur Verzögerung eines Termins führen können, sind der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen. Ebenso sind der Auftraggeberin voraussichtliche Mehrkosten, die durch eine evtl. Terminverzögerung entstehen können, unverzüglich mitzuteilen.

§7 Haftpflichtversicherung

1. Der Auftragnehmer hat mit Vertragsabschluss das Bestehen einer Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Haftsummen dieser Versicherung müssen mindestens betragen:
 - a) für Personenschäden <Summe> €
 - b) für sonstige Schäden <Summe> €

Bedient sich der Auftragnehmer bei der Ausführung seiner Leistungen Dritter, so ist zu gewährleisten, dass der Versicherungsschutz auch die Schäden umfasst, die durch Dritte verursacht werden.

2. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Zahlungen, solange der Nachweis über den Versicherungsschutz nicht erbracht wurde.
3. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, soweit ein Versicherungsschutz nicht mehr besteht.

§ 8 Schlussvorschriften / Schriftform

1. Sämtliche Änderungen, Ergänzungen, Einschränkungen oder Erweiterungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit einer ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien. Alle die Ausführung des Vertrages betreffenden wesentlichen Mitteilungen müssen in Textform erfolgen. Ein darüber hinaus für bestimmte Erklärungen in diesem Vertrag angeordnetes Schriftformerfordernis bleibt davon unberührt.
2. Soweit der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen von der Stadt Dortmund übermittelte, personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet er sich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.

Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem Auftragnehmer Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten, es sei denn, die Stadt Dortmund stimmt einer Veröffentlichung schriftlich zu. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der Auftragnehmer legt seinen von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitern eine entsprechende Verpflichtung auf.

3. Eine Abweichung von den Bestimmungen dieses Vertrags oder von den in § 2 genannten Vertragsgrundlagen ist dem Auftragnehmer allgemein oder im Einzelfall nur gestattet, wenn dieser vorher die schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin eingeholt hat.
4. Die Wirksamkeit des Vertrages ist nicht von der Vollständigkeit seiner Anlagen abhängig.

5. Der Vertrag wird nebst Anlagen zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Original- Ausfertigung des Vertrages inkl. Anlagen.

6. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. In diesem Fall vereinbaren die Vertragsparteien anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen solche Bestimmungen, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen am nächsten kommen.

Auftraggeberin:

Stadt Dortmund
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund

Dortmund, den

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift)

Auftragnehmer:

....., den
(Ort, Datum)

.....
(Stempel + rechtsverbindliche Unterschrift)

Besondere Vertragsbedingungen zur Verpflichtungserklärung Frauen- und Familienförderung

(Bitte beachten: Anwendung ab einem Auftragswert von 50.000 €_{netto}!)

Maßnahmen zur Frauenförderung oder Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind z.B.:

1. Untersagung und Unterbindung eines Verhaltens verbaler und nichtverbaler Art, welches bezweckt oder bewirkt, dass weibliche Beschäftigte lächerlich gemacht, eingeschüchtert, angefeindet oder in ihrer Würde verletzt werden,
2. explizite Ermutigung von Frauen sich zu bewerben, wenn im Betrieb Ausbildungs- und Arbeitsplätze in männerdominierten Berufsbereichen zu besetzen sind,
3. Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil,
4. Befragung von Beschäftigten zu ihren Arbeitszeitwünschen, Auswertung einschließlich Einleitung von Umsetzungsschritten,
5. Angebot von Teilzeitarbeit oder flexiblen Arbeitszeitmodellen als Maßnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
6. Entwicklung und Umsetzung von Modellen vollzeitnaher Teilzeitarbeit für die Beschäftigten,
7. Einrichtung bzw. Ausbau von Telearbeit für die Beschäftigten,
8. Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern für die Beschäftigten,
9. Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungs- und Pflegemöglichkeiten,
10. Angebot betrieblich organisierter Kinderbetreuung,
11. Zahlung eines Kinderbetreuungszuschusses,
12. Angebot von Ferienprogrammen zur Überbrückung der Betreuungslücke für Kinder berufstätiger Eltern in Kindergarten- bzw. Schulferien,
13. Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen durch individuelle Betreuung und Hilfeleistung oder Abschluss einer Vereinbarung einer Familienpflegezeit,
14. Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit,
15. Bereitstellung von innerbetrieblichen Paten und Patinnen für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger,
16. Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente,
17. Analyse der Entwicklung der Leistungsvergütung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht,
18. Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für ein betriebliches Praktikum, insbesondere in den männerdominierten Berufen oder
19. Angebot spezieller Bildungsmaßnahmen für Frauen, die diese auf die Übernahme von höherwertigen und leitenden Positionen vorbereiten.

Die Maßnahmen werden je nach Unternehmensgröße wie folgt gestaffelt:

- (1) Unternehmen mit regelmäßig mehr als 500 Beschäftigten haben vier der oben genannten Maßnahmen auszuwählen sowie durchzuführen oder einzuleiten.
- (2) Unternehmen mit regelmäßig mehr als 250, aber nicht mehr als 500 Beschäftigten haben drei der oben genannten Maßnahmen auszuwählen sowie durchzuführen oder einzuleiten.
- (3) Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20, aber nicht mehr als 250 Beschäftigten haben zwei der oben genannten Maßnahmen auszuwählen sowie durchzuführen oder einzuleiten.
- (4) Zur Festlegung der Unternehmensgröße ist die Definition der Betriebsstätte nach § 12 Abgabenordnung zugrunde zu legen.

Hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten gilt, dass alle Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten nach Köpfen (also nicht umgerechnet in Vollzeit-Äquivalente) und auch

alle 450-Euro-Kräfte mitzuzählen sind. Lediglich Auszubildende gelten nicht als Beschäftigte. Verfügt somit ein Bieterunternehmen im Zeitpunkt der Angebotsabgabe über lediglich 20 oder weniger Beschäftigte, erschöpft sich die abzugebende Information auf der entsprechenden Verpflichtungserklärung in eben dieser Angabe.

Die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zum Zwecke der Überprüfbarkeit vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Diese Dokumentation muss mindestens enthalten:

1. die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen,
2. Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen,
3. Angaben des Zeitpunktes der Einleitung sowie des Zeitpunktes der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen,
4. Angaben zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen, insbesondere
 - a) zur Anzahl der von der jeweiligen Maßnahme betroffenen Beschäftigten in Relation zur Gesamtanzahl der im Unternehmen Beschäftigten,
 - b) Zeitpunkt der Einleitung bzw. die Dauer der Durchführung der Maßnahmen und,
 - c) ob die Maßnahme über die Dauer der Durchführung des öffentlichen Auftrags im Betrieb weiter angeboten beziehungsweise fortgeführt wird.

Die Dokumentation der durchzuführenden bzw. eingeleiteten Maßnahmen ist mindestens ein Jahr aufzubewahren und im Unternehmen zu veröffentlichen. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers ist diese in einem weiteren Vergabeverfahren vorzulegen.

Ausnahmsweise kann der öffentliche Auftraggeber, nach entsprechendem Vortrag des Bieterunternehmens, von ergänzenden Ausführungsbestimmungen zur Frauenförderung bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, absehen. Hierbei handelt es sich um besonders zu begründende Einzelfallentscheidungen. Bieterunternehmen haben im Rahmen der als Anlage beigefügten Verpflichtungserklärung insoweit die Möglichkeit, entsprechende Ankreuzmöglichkeiten zu nutzen und auf die zu berücksichtigenden Gründe für die Nichtdurchführbarkeit entsprechender Maßnahmen darzustellen. Der öffentliche Auftraggeber prüft den vorgetragenen Sachverhalt auf Plausibilität und dokumentiert seine Ermessenentscheidung.

Sofern ein Bieter durch Zuschlag bereits zur Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet wurde, kann er sich hierauf bei der Angebotsabgabe um weitere öffentliche Aufträge zwölf Monate lang nach dem Tag des Zuschlags berufen. Die Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu deren Durchführung oder Einleitung sich das Unternehmen verpflichtet hat, müssen ordnungsgemäß umgesetzt worden sein. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers hat der Bieter die Durchführung oder Einleitung der umgesetzten Maßnahmen zu belegen.

Anlage Nr. 1 zum Vertrag

**Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Dortmund
für freiberufliche Leistungen (AVB)**

1. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 1.1 Der Auftragnehmer hat das Interesse des Auftraggebers an einer wirtschaftlichen und sparsamen Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten zu wahren und alle Maßnahmen zur Abwendung von Schäden und Nachteilen für den Auftraggeber einzuleiten und eine wirtschaftliche, zweckmäßige Lösung zu erbringen.
- 1.2 Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, selbstständige Verhandlungen mit Dienststellen anderer Behörden oder sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften zu führen, es sei denn, der Auftraggeber hat ihn hierzu ausdrücklich ermächtigt.
- 1.3 Der Auftragnehmer hat sich bei den zur Ausführung seines Auftrages erforderlichen Verhandlungen mit dem Auftraggeber nur an die von ihm benannte projektverantwortliche Person bzw. deren Vertretung zu wenden. Bei wesentlichen Verhandlungen mit den vom Auftraggeber beauftragten Sonderfachleuten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den Termin vorher rechtzeitig anzuzeigen.
- 1.4 Die Vergütung für zusätzliche Leistungen, welche der Auftraggeber ggf. fordert, ist mit dem Auftraggeber vorab schriftlich zu vereinbaren. Eine nachträgliche Honorarforderung wegen einer Mehrleistung ist ohne eine vorhergehende schriftliche Vereinbarung ausgeschlossen.
Das Gleiche gilt für Änderungen des vereinbarten Leistungsbildes. Notwendige Überarbeitung der Pläne bzw. Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- 1.5 Die Leistungen des Auftragnehmers und die dazu gehörenden wesentlichen Unterlagen sind vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber abzustimmen.
- 1.6 Der Auftragnehmer hat den wirtschaftlichen Rahmen des Bauvorhabens mit dem Auftraggeber abstimmen.
Sofern der Auftragnehmer einen Kostenrahmen nach DIN 276 erstellt, wird diese Vorleistung nicht honoriert.
- 1.7 Bei Fördermittel- bzw. Zuwendungsmaßnahmen ist der Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungspflichten verpflichtet die aktuellen Förderrichtlinien und (Neben-) Bestimmungen nach Landeshaushaltsordnung (LHO) zwingend zu beachten.
- 1.8 Bei der Planung bzw. Ausführung der Baumaßnahme sind grundsätzlich die aktuell geltenden Gesetze, Richtlinien und Verordnungen sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik anzuwenden.

- 1.9 Bei zusätzlich anfallenden Mehrkosten, wie z.B. durch Sonder- oder Änderungswünsche seitens des Auftraggebers, oder durch Kostenabweichungen zwischen den Kostenermittlungen nach DIN 276 (Kostenschätzung, Kostenberechnung, u.s.w.) oder durch Bauzeitverzögerung, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich in Textform zu benachrichtigen und eine Entscheidung einzuholen.

In diesem Zusammenhang hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber – soweit möglich – unverzüglich Vorschläge zur Kosteneinsparung zu unterbreiten.

- 1.10 Billigt oder genehmigt der Auftraggeber eine Leistung des Auftragnehmers, so wird dadurch die Haftung des Auftragnehmers nicht berührt.
- 1.11 Ändert sich der beauftragte Leistungsumfang auf Veranlassung des Auftraggebers während der Laufzeit des Vertrages, mit der Folge von Änderungen der anrechenbaren Kosten, ist die Honorarberechnungsgrundlage für die Leistungen, die auf der Grundlage des veränderten Leistungsumfanges zu erbringen sind, durch eine schriftliche Vereinbarung anzupassen.
Die Nachträge bzw. Änderungen sind durch den Auftragnehmer in der Kostenberechnung gesondert kenntlich zu machen.
- 1.12 Während der gesamten Planungs- und Ausführungszeit sind im regelmäßigen Rhythmus Projektbesprechungen durchzuführen, die vom Auftragnehmer protokollarisch festgehalten werden und dem Auftraggeber digital und zeitnah zur Verfügung gestellt werden.
- 1.13 Eingehende Rechnungen von den auszuführenden Unternehmen sind vom Auftragnehmer mit einem Eingangsstempel zu versehen, auf ihre Prüffähigkeit zu kontrollieren, zu prüfen und mit folgenden Feststellungsvermerken zu versehen:

„sachlich (bzw. fachtechnisch) und rechnerisch richtig“

inkl. Endbetrag, Ort, Prüfdatum und Unterschrift mit Firmenstempel des Auftragnehmers.
Zum Zeichen der Prüfung hat der Auftragnehmer alle Ansätze und Beträge anzustreichen.
Änderungen bzw. Ergänzungen sind entsprechend zu kennzeichnen.

Mit den Bescheinigungen übernimmt der Auftragnehmer auch in Fällen, in denen diese durch seine Erfüllungsgehilfen ausgestellt werden, die Verantwortung dafür, dass:

- bei der Durchführung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist;
- die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang, wie berechnet, vertragsgemäß und fachtechnisch ausgeführt worden sind;
- die Vertragspreise eingehalten wurden und;
- alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Ausrechnungen richtig sind.

Um die Fristen gem. § 16 VOB-B zu wahren, hat der Auftragnehmer die geprüften Rechnungen unverzüglich, spätestens aber innerhalb der genannten Fristen an den Auftraggeber weiterzuleiten:

- Abschlagszahlungen: 8 Kalendertage
- Teil-/ Schlussrechnungen: 14 Kalendertage

2. Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

- 2.1 Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.
- 2.2 Finanzielle Verpflichtungen (Aufträge) für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nicht eingehen.

3. Leistungen des Auftraggebers

- 3.1 Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer zum Erbringen seiner Leistungen die Informationen zur Verfügung, die er für diese Leistungen benötigt.
- 3.2 Vom Auftraggeber werden für die Durchführung des in § 1 bezeichneten Bauvorhabens allgemeine Leistungen übernommen wie:
 - a) Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners;
 - b) Übernahme der Bauherrenleistungen;
 - c) Durchführung der Vergabeverfahren für die Bauleistungen unter Verwendung der Beiträge des Auftragnehmers (erfolgt bauseits durch Stadtamt 19 (Vergabeamt))

4. Sonderfachleute

- 4.1 Der Auftragnehmer arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Auftraggeber und den anderen, vom Auftraggeber für die Abwicklung des Vorhabens eingesetzten Projektbeteiligten zusammen.
- 4.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Entscheidungen, die für die terminliche und kostenmäßige Abwicklung des Bauvorhabens von Bedeutung sind, direkt mit der vom Auftraggeber benannten projektverantwortlichen Person bzw. deren Vertretung abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist in Textform zu dokumentieren.
- 4.3 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber regelmäßig, unaufgefordert über den Projektfortschritt/- Status zu unterrichten; – das schließt – schriftliche Berichte über besondere Projektvorkommnisse wie z.B. Planungs/- Termin/- und Kostenabweichungen mit ein.
- 4.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Auskünfte, Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 4.5 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber über die Notwendigkeit des Einsatzes von Sonderfachleuten zu beraten.
- 4.6 Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, Sonderleistungen zu übertragen. Dies ist ausschließlich Aufgabe des Auftraggebers.
- 4.7 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber und den anderen an der Planung fachlich Beteiligten in erforderlichem Maße Auskunft zu geben, Einblick in seine Unterlagen zu gewähren und seine Planung in Zusammenarbeit mit diesem Personenkreis aufzustellen.

- 4.8 Wird erkennbar, dass die Vertragsziele voraussichtlich nicht erreicht werden können, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies unverzüglich schriftlich dem Auftraggeber anzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten ohne besondere Vergütung aufzuzeigen.
- 4.9 Wenn während der Planung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Auftragnehmer unverzüglich in Textform die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.

5. Abwicklung und Kontrolle

- 5.1 Die Kontrolle über die durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen obliegt dem Auftraggeber. Die Leistungen der internen Fachbereiche des Auftragnehmers sind vom Auftragnehmer zu kontrollieren.
- 5.2 Die Rechnungen für Leistungen des Auftragnehmers werden durch den Auftraggeber geprüft.
- 5.3 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber laufend über zusätzlich gemachte Aufwendungen oder noch zu erwartende Verpflichtungen zu unterrichten.

6. Herausgabeanspruch des Auftraggebers

- 6.1 Die vom Auftragnehmer gefertigten, beschafften oder ihm vom Auftraggeber überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber nach Beendigung der Leistungen endgültig auszuhändigen; sie werden dessen Eigentum.
- 6.2 Das gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis, gleich aus welchem Grund, vorzeitig endet.

7. Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht des Auftragnehmers

- 7.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber über die von ihm zu erbringenden Leistungen kurzfristig und ohne besondere Vergütung uneingeschränkt Auskunft zu geben, und zwar so lange, bis die festgelegte Haftung bzw. Verjährung abgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Fragen und Prüfbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes des Auftraggebers.
- 7.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle Tatsachen, über die er bei Ausführung seiner Leistungen Kenntnis erlangt, Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren, soweit die Tatsachen ihrer Natur nach geheimhaltungsbedürftig sind. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

8. Haftung / Verjährung

- 8.1 Die Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.

Werden Leistungen abschnittsweise beauftragt, unterliegen die Honoraransprüche des Auftragnehmers jeweils eigenständigen Verjährungsfristen.

- 8.2 Die Mängelansprüche des Auftraggebers aus diesem Vertrag verjähren lt. § 634 a BGB in 5 Jahren; die Verjährung beginnt mit der Abnahme der jeweils beauftragten Leistung.
- 8.3 Wird der Auftragnehmer mit der Leistungsphase 9 zusammen mit vorangehenden Leistungsphasen beauftragt, ist er berechtigt, nach Abschluss der Leistungsphase 8 eine Teilschlussrechnung zu stellen.

9. Urheberrecht

- 9.1 Der Auftraggeber hat das Recht, die Unterlagen des Auftragnehmers für die Baumaßnahme, auf die sich der Vertrag bezieht, zum vorgesehenen Zweck zu nutzen und zu ändern; dasselbe gilt für das ausgeführte Werk.
- 9.2 Der Auftragnehmer willigt ein, dass der Auftraggeber künftig und ohne vorherige Rücksprache Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahmen vornehmen bzw. vornehmen lassen und diese veröffentlichen kann.
Dies gilt auch für An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und Modernisierungen, soweit es dem Auftragnehmer unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.
Der Auftragnehmer wird vor Änderungen bzw. Bearbeitungen vom Auftraggeber angehört.
- 9.3 Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers in Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.
- 9.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen, sowie Dritten weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
- 9.5 Der Auftragnehmer garantiert, dass der Auftraggeber alle nach diesem Vertrag übertragenen Rechte und Befugnisse vollumfänglich erwirbt, diese weder ganz oder teilweise auf Dritte übertragen wurden oder mit Rechten Dritten belastet sind. Der Auftragnehmer garantiert ferner, dass weder bei der Schaffung noch der Nutzung der Leistungen und Arbeitsergebnisse Rechte Dritter verletzt werden, die zu Ansprüchen gegen den Auftraggeber führen können.
- 9.6 Die vorstehenden Bedingungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Leistungen, die der Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

10. Kündigung des Vertrages

- 10.1 Auftraggeber und Auftragnehmer können den Vertrag gemäß § 648 a BGB aus wichtigem Grund kündigen. Der Einhaltung einer Kündigungsfrist bedarf es nicht. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

- 10.2 Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn die Baumaßnahme nicht durchgeführt oder nicht weitergeführt wird. Als wichtiger Grund im Sinne des Absatzes 10.1 gilt auch die länger andauernde Unfähigkeit des Auftragnehmers, die ihm obliegenden Leistungen zu erbringen oder fortzuführen.
- 10.3 Der Auftraggeber kann darüber hinaus den Vertrag gem. § 648 BGB mit den dort geregelten Vergütungsfolgen kündigen.
- 10.4 Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so besteht ein Vergütungsanspruch einschließlich der nachweisbar entstandenen Nebenkosten nur für die bis zur Kündigung erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und brauchbaren Leistungen.
- 10.5 Auf Leistungen, für die gemäß Abs. 10.4 kein Vergütungsanspruch besteht, finden die Bestimmungen zum Herausgabeanspruch und zum Urheberrecht dieses Vertrages keine Anwendung.
- 10.6 Im Falle der Kündigung bleiben alle dem Auftraggeber in Fällen der Nichterfüllung, des Verzuges, der positiven Vertragsverletzung, der Fehlerhaftigkeit der Leistungen, der verspäteten Herstellung, in Fällen unerlaubter Handlungen oder in Fällen sonstiger Pflichtverletzungen zustehenden Rechte, Ansprüche oder Befugnisse unberührt.

11. Arbeitsgemeinschaft

- 11.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.

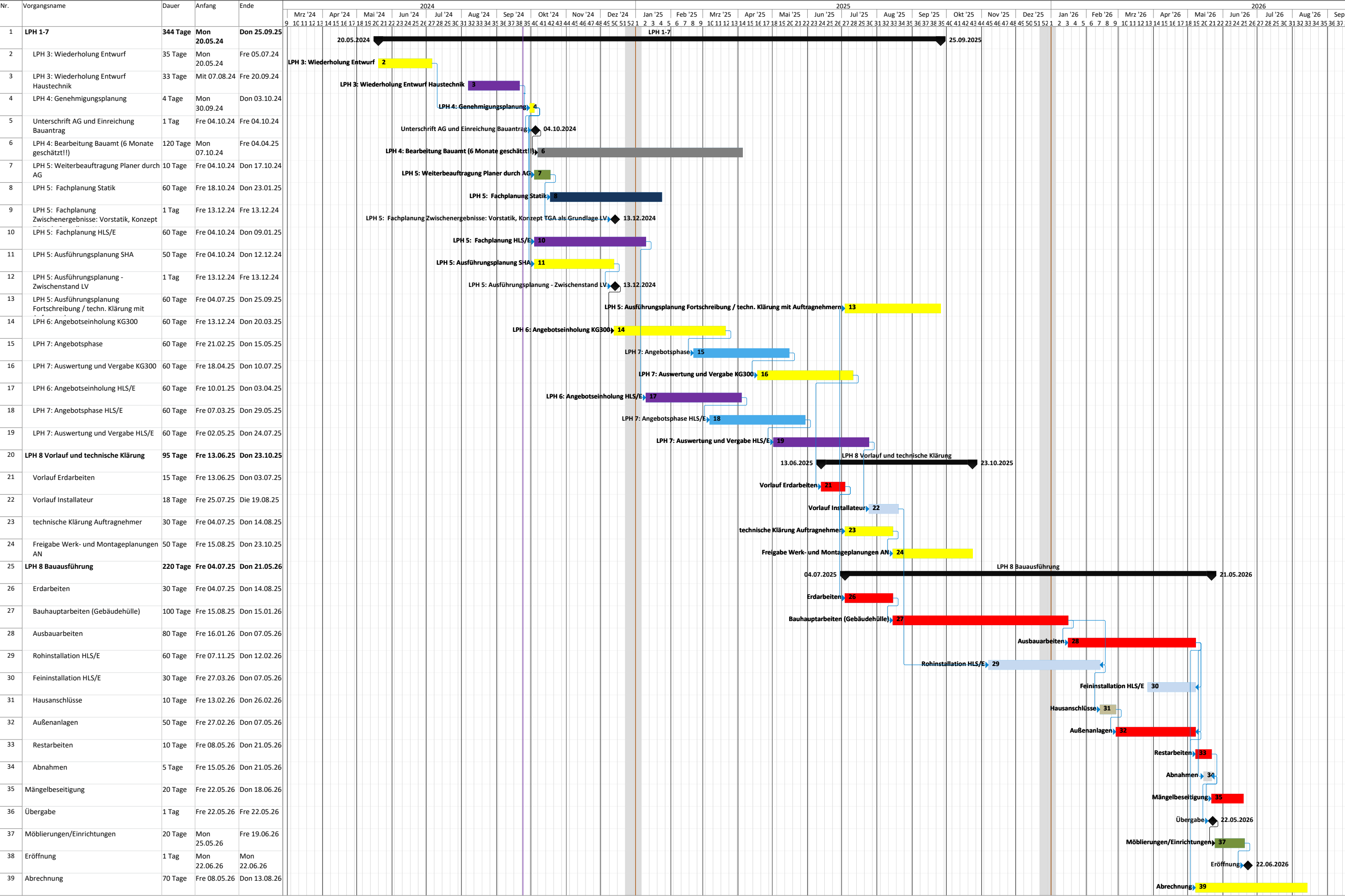
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnisse, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

- 11.2 Bei Arbeitsgemeinschaften muss sich der Versicherungsschutz der vereinbarten Haftpflichtversicherung in der Höhe auf jedes Mitglied erstrecken.

Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

12. Erfüllungsort / Streitfälle / Gerichtsstand

- 12.1 Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist Dortmund.
- 12.2 Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten zu unterbrechen.
- 12.3 Soweit nach § 38 Abs. 1 ZPO eine Gerichtsstandvereinbarung zulässig ist, vereinbaren die Parteien Dortmund als zuständigen Gerichtsstand.



Kostenrahmen Neubau Umkleide Brauksweg**17.03.2026**

KG		Summe netto
200	Vorbereitende Maßnahmen	79.829,83 €
300	Bauwerk - Baukonstruktion	550.459,21 €
400	Bauwerk - Techn. Anlagen	664.044,63 €
500	Außenanlagen Freiflächen	68.395,00 €
Baukosten netto		1.362.728,67 €
19 % MwSt.		258.918,45 €
Gesamtsumme brutto		1.621.647,12 €

Kostenrahmen Neubau Umkleide Brauksweg**17.03.2026**

Anlagengruppe 1

KG		Summe netto
411	Abwasseranlagen	21.322,00 €
412	Wasseranlagen	129.945,00 €
Baukosten netto		151.267,00 €
19 % MwSt.		28.740,73 €
Gesamtsumme brutto		180.007,73 €

Anlagengruppe 2

KG		Summe netto
421	Wärmeerzeugungsanlagen	152.160,00 €
422	Wärmeverteilnetze	90.920,00 €
Baukosten netto		243.080,00 €
19 % MwSt.		46.185,20 €
Gesamtsumme brutto		289.265,20 €

Anlagengruppe 3

KG		Summe netto
431	Lüftungsanlagen	78.515,00 €
Baukosten netto		78.515,00 €
19 % MwSt.		14.917,85 €
Gesamtsumme brutto		93.432,85 €

Anlagengruppe 4

KG		Summe netto
442	Eigenstromversorgungsanlagen	12.310,00 €
443	Niederspannungsschaltanlagen	25.355,00 €
444	Niederspannungsinstallationsanlagen	31.382,79 €
445	Beleuchtungsanlagen	12.291,40 €
446	Blitzschutz- und Erdungsanlagen	5.600,00 €
449	Sonstiges	4.159,39 €
Baukosten netto		91.098,58 €
19 % MwSt.		17.308,73 €
Gesamtsumme brutto		108.407,31 €

Anlage 4

Anlagengruppe 5

KG		Summe netto
451	Telekommunikationsanlagen	1.408,00 €
457	Übertragungsnetze	4.637,05 €
459	Sonstiges	539,00 €
Baukosten netto		6.584,05 €
19 % MwSt.		1.250,97 €
Gesamtsumme brutto		7.835,02 €

Anlagengruppe 8

KG		Summe netto
481	Automationseinrichtungen	93.500,00 €
Baukosten netto		93.500,00 €
19 % MwSt.		17.765,00 €
Gesamtsumme brutto		111.265,00 €

Kostenrahmen Neubau Umkleide Brauksweg**05.09.2025**

KG	Anlagengruppen	Summe netto
	Anlagengruppe 1	151.267,00 €
	Anlagengruppe 2	243.080,00 €
	Anlagengruppe 3	78.515,00 €
	Anlagengruppe 4	91.098,58 €
	Anlagengruppe 5	6.584,05 €
	Anlagengruppe 8	93.500,00 €
	Baukosten netto	664.044,63 €
	19 % MwSt.	126.168,48 €
	Gesamtsumme brutto	790.213,11 €